

MEDIENKONFERENZ VOM 3. FEBRUAR 2026

Pierre-Yves Maillard, Präsident SGB

Von der Sozialpartnerschaft zum Klassenkampf?

In «Sozialpartnerschaft» steckt das Wort «Partnerschaft» und auch das Wort «sozial». Zwei positive Werte, die gemeinsam eine Alternative zum Prinzip des Klassenkampfes bieten sollten. Die Fakten, die Daniel Lampart und Gabriela Medici heute an der Medienkonferenz des SGB darstellen werden, zeigen jedoch, dass wir uns – wie selten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs – von diesen Werten entfernt haben. Alles deutet darauf hin, dass die dominierenden wirtschaftlichen Kreise in unserem Land den Klassenkampf neu entfachen.

In unserem Wirtschaftssystem wird in den Unternehmen Mehrwert generiert. Der Eigentümer des Unternehmens nimmt einen Teil davon, um sein Risiko und gegebenenfalls auch seine Arbeit zu entlohnen. Der Staat nimmt einen Teil, um das Gemeinwohl und den öffentlichen Dienst zu finanzieren. Die Sozialpartnerschaft soll sicherstellen, dass ein weiterer Teil, einer Verhandlungslogik folgend, zugunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verteilt wird, die diesen Mehrwert geschaffen haben.

Mit der Sozialpartnerschaft glaubte man, gewisse Garantien erreicht zu haben. Eine davon war, dass die arbeitende Bevölkerung im Lauf der Zeit nicht verarmt. Der durch die Inflation verursachte Anstieg der Lebenshaltungskosten sollte tatsächlich für alle ausgeglichen werden. Wenn schon die Beteiligung am Mehrwert nicht garantiert ist, so sollte zumindest der Erhalt des Lebensstandards gesichert sein. Daniel Lampart wird jedoch zeigen, dass dies in den letzten Jahren nicht mehr der Fall war. Diese Verarmung betrifft vor allem Bevölkerungsgruppen mit tiefen und mittleren Einkommen. Die oberen Einkommenschichten haben hingegen kräftig profitiert. Von einer «Opfersymmetrie» kann also keine Rede sein. Erstens, weil es keine Opfer zu bringen gab, da die Schweizer Wirtschaft weiter gewachsen ist, und zweitens, weil die hohen Einkommen und die Reichsten einen immer grösseren Teil des nationalen Reichtums an sich gezogen haben.

Die andere Garantie, die man erreicht zu haben glaubte, war ein stetiger Rückgang von arbeitsbedingten Unfällen und Krankheiten. Gabriela Medici wird jedoch aufzeigen, dass sich dieser Trend seit der Covid-19-Krise wieder ins Negative kehrt. Die Zahlen, die Ihnen präsentiert werden, sind erschreckend. Die Kosten für die betroffenen Menschen und für die Schweizer Wirtschaft sind enorm. Auffällig ist, dass diese Trendumkehr mit einer fortschreitenden Verschlechterung der staatlichen Schutzmechanismen einhergeht, die eigentlich die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schützen sollen. Der kontinuierliche Anstieg von Nachtarbeit und ungeplanter Arbeit

ist besonders schockierend – ebenso wie die lächerlich geringe Zahl von Kontrollen und Sanktionen bei der Durchsetzung des Arbeitsgesetzes.

In den von uns aufgeworfenen Fragen stellt sich die Schweiz durch ihre unsoziale Regulierung der Arbeit und mit ihrer beschleunigten Verschlechterung kein gutes Zeugnis aus. Diese Verschlechterung ist eine bewusst getroffene politische Entscheidung. Um sich davon zu überzeugen, genügt es, die Härte der Lohn- und GAV-Verhandlungen in mehreren Branchen und die unablässigen Angriffe auf das Arbeitsgesetz im Parlament zu beobachten.

Die Gewerkschaften leisten Widerstand, so gut sie können. Die Erfolge bei der Erneuerung des GAV im Bauhauptgewerbe, bei Coop, der Widerstand gegen Lohnsenkungen beim Kanton Waadt, der Streik gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in Klotten sowie viele weitere Erfolge bei GAV-Neuverhandlungen – etwa im Handwerk oder beim Luftverkehr – zeigen, dass gewerkschaftliches Engagement ein wirksamer Schutzwall gegen diese Verschlechterung ist. Unser Sieg für die 13. AHV-Rente, die dieses Jahr erstmals ausbezahlt wird, zeigt ebenfalls, dass es Alternativen zur beständigen Schwächung der Renten gibt – ebenso wie unser Sieg gegen die Reform zur Senkung der BVG-Renten.

Doch die Frage lautet: Müssen wir feststellen, dass der Wille zur Sozialpartnerschaft seitens des Schweizer Arbeitgeberlagers und seiner politischen Verbündeten zu Ende geht?

Über die wohlfeilen Worte hinaus wird das Jahr 2026 auf diese Frage eine sehr konkrete Antwort geben – je nachdem, wie das Abkommen des Bundesrates mit der EU behandelt wird und wie mit den verschiedenen Angriffen auf die ohnehin schwachen Schutzbestimmungen unseres Arbeitsgesetzes umgegangen wird. Wir werden uns anpassen. Wir haben gezeigt, dass wir Referenden und Initiativen lancieren und gewinnen können. Wir sind bereit, diese Instrumente der direkten Demokratie überall dort einzusetzen, wo die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und der öffentliche Dienst bedroht sind. Unsere Verbände haben zudem bewiesen, dass sie Kämpfe führen können – einschliesslich Streiks.

Diese Entwicklungen sind nicht das, was wir uns wünschen. Wir bevorzugen Verhandlungen und Konsens. Doch wir werden nicht zulassen, dass sich die Verschlechterung der Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung in der Schweiz fortsetzt, und sie mit Entschlossenheit bekämpfen.